

Tagesordnung II Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 21. Dezember 2011

Vorlagen-Nr. 11-V-11-2010

Job-Ticket - Weiterführung im Jahr 2012 und 2013

Beschluss Nr. 0705

1. Es wird zur Kenntnis genommen,
 - 1.1 dass den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern derzeit Jobtickets gegen 33 1/3% Eigenbeteiligung zur Verfügung gestellt werden.
 - 1.2 dass die Kosten hierfür zentral im Budget des Amtes 11 veranschlagt sind (Kostenstelle 1100080, Kostenart 673100). Es stehen für diese Aufgabe 552.549.- € in den Jahren 2012 und 2013 zur Verfügung (Zuschussbedarf in 2010: IST-Ausgaben abzüglich IST-Einnahmen durch Eigenanteil der Mitarbeiter/innen /Werte ohne Eigenbetriebe).
 - 1.3 dass mit einer weiteren Kostensteigerung gerechnet werden muss. Der Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) hat eine Steigerung der Fahrpreise zum 11.12.2011 um durchschnittlich 2,7 Prozent angekündigt.
2.
 - 2.1 Das Jobticket wird auch in den Jahren 2012 und 2013 den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verfügung gestellt. Der Eigenanteil ist für die Jahre 2012 und 2013 durch Dezernat III/11 so anzupassen, dass die Mehraufwendungen von ca. 28.000 € (2012) und weiteren ca. 29.000 € (2013) gegenüber dem Jahr 2010 damit abgedeckt werden. Eventuell auftretende Deckungslücken sind aus dem Budget Dezernat III zu decken.
 - 2.2 Der Magistrat (Dezernat III/11) wird die entsprechenden Verträge so abschließen, dass das Jobticket ohne zeitliche Unterbrechung zur Verfügung gestellt werden kann.
3. Der Revisionsausschuss bittet den Magistrat, bei zukünftigen Änderungen zum Jobticket bereits im Vorfeld mit den Arbeitnehmervertretungen Kontakt aufzunehmen, weil nur so eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, wie sie im Hess. Personalvertretungsgesetz festgelegt wurde, sichergestellt werden kann.
4. Der Revisionsausschuss geht des Weiteren davon aus, dass es neben den jetzt vorgesehenen Preiserhöhungen für die Arbeitnehmer/innen bis Ende 2013 zu keinen weiteren Erhöhungen kommt und darüber hinaus bis zum Ende der Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung (März 2016) der Eigenanteil unangetastet bleibt.

(antragsgemäß Magistrat 08.11.2011 BP 0835)

(Ziffern 3 und 4 ergänzt durch den Revisionsausschuss am 30.11.2011 BP 0156)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2011
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .12.2011
im Auftrag

1. Dezernat III
mit der Bitte um weitere Veranlassung
2. Abdruck:
Dezernat I/20
Gesamtpersonalrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Schmidt